

Merseburger Korrespondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntagsfeierstage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk.; halbjährlich 3,50 Mk.; einjährig 6,50 Mk.; durch die Post 20 Pf. mehr. Beleggeld durch mehrere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummern 10 Pf. — Fernsprecher Nr. 324. —

Gratisbeilagen:
Illustriertes Unterhaltungsbüchlein
Landwirtsch. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Kotterlektionen — Kurzeitel

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeilspalte ober dem Raum 30 Pf., im Kellern 75 Pf., Schriftsetzer und Nachweiser 20 Pf. mehr. Nachdruck ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags. — Geschäftsstelle: Geldeube 9. —

Nr. 6

Dienstag den 8. Januar 1918

44. Jahrg.

Im Ypernbogen, bei Cambrai und an der Mosel heftige Artilleriekämpfe.

Die Friedensverhandlungen vor dem Hauptauschuss des Reichstages.

Der Hauptauschuss des Reichstags trat am Sonntagmorgen erst um 12 Uhr statt um 10 Uhr zusammen, da vorher noch Verhandlungen der Parität mit der Regierung stattfanden. Der Reichsanwalt, Graf Hertling, war nicht erschienen, wohl aber Reichsjustizminister Graf Roeben, der für die Dauer der Krankheit des Herrn von Papen mit der Stellvertretung des Reichsanwalts betraut ist, ferner Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherr von dem Busche und der Leiter der Reichsanwaltschaft von dem Busche.

Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche gab folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichsanwalt hat gestern die Infinitivum der russischen Botschaft zurückgewiesen, daß wir uns in keiner Weise unserer Aufgaben betreffend des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entgegenstellen wollen. Am Anfang an diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichsanwalts das Folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichsanwalts ist dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt die Bedeutung, die lediglich von den Interessen der Entente eingeleitet ist.

Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als unzulässig abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgelegene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen uns und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig geliebten Punkte am 8. Januar in Brüssel stattfinden sollte. Unsere Verhandlungen haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Wunsch nach der Einnahme der Verhandlungen im Besonderen und der Verständigung im Allgemeinen zum Ausdruck gebracht.

Es wurde jedoch das im Depeschenbericht der Sonntagsnummer mitgeteilte russische Telegramm bekannt gegeben, nach dem Trotski nach Brüssel zurückgekehrt wäre.

Spannend ist mit den in Brüssel-Trotski mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine im 6. Freitagender Weise verhandelt worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Vorländering Abg. Lehmann schlägt vor, die politische Debatte abbrechen und einen anderen Gegenstand zu behandeln.

Abg. Scheidemann (Soz.) widerspricht und wünscht, daß die politische Debatte fortgesetzt werde mit Rücksicht auf die vorliegende Situation und die Notwendigkeit, daß der Reichstag erklärt, er stehe auch heute noch auf dem klaren Standpunkt des 19. Juli. Die Sozialdemokraten wünschen zum Ausdruck zu bringen, daß sie um keines Haarsbreite von ihrem Standpunkt abweichen. Durch eine offene Erklärung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker würde der Friede gefördert werden.

Abg. Hanke (L. Soz.) widerspricht gleichfalls. Am besten wäre das Zusammenreden des Meinungs, was möglich ausgesprochen werden, daß die Mehrheit die Forderungen des Grafen Hertling nicht teile. Die Berichte über die Ereignisse in Brüssel-Trotski am 28. Dezember widersprechen einander, und dadurch werde eine ungewisse Erklärung unklarheit notwendig. Die Ukraine verhandelt mit unter Teilnahme der Petersburger Regierung. Das russische Volk habe einig und fest zusammen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Völker uns weiter entgegenkommen sind, als wir erwarten durften.

Durch Abstimmung wurde beschlossen, die Debatte abbrechen.

Die Erklärung wendet sich der Frage des Gesamtgenauausstufes zu.

Gegenüber dem Aufstand aller möglichen Gerichte, für die der Boden jetzt naturgemäß recht günstig ist, ist es ratsam, kaltes Blut zu bewahren. Daß zum Beispiel die Alideutschen vorzeitig geübelt haben, indem sie bereits ein Scheitern der Friedensverhandlungen mit Russland, zum mindesten ein Versagen von der Erklärung des 25. Dezember zu erwarten hoffen, beweist u. a. auch der Umstand, daß der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski auf dem Wege nach Brüssel-Trotski ist. Er würde schwerlich selber mit der russischen Delegation zusammen dorst hin fahren, wenn er von vornherein wüßte, daß ein weiteres Verhandeln zwecklos sei. Wie die Regierung, so bleibt auch die Reichstagsmehrheit auf ihrem Standpunkt. In diesem Zusammenhang halten wir es für notwendig, dem Gerücht entgegenzutreten, dem wir in einigen, allerdings wenigen, Blättern begegnet, daß eine Umgruppierung der Parteien wegen der Brüssel-Trotski Vorgänge ins Bereich des Wahrscheinlichen gerückt sei.

Sie verzeichnen wir noch folgendes:

Eine falsche Meldung!

Berlin, 6. Jan. In einer Anzahl Morgenblätter wurden Gerüchte über den Austritt Hindenburgs und Ludendorffs verbreitet. Wie aus von amtlicher Stelle in Berlin mitgeteilt wird, entbehren diese Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage. Es ist wieder einmal eine Sensationschreiberei, die namentlich von rechtsgerichteten Organen gebraucht worden ist und für deren Verbreitung aufeinander nur der Wunsch als Urheber des Gewankens maßgebend war.

Der Weltkrieg

Zu den Friedensverhandlungen in Brüssel-Trotski.

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation, Genosse Sofka, hat gestern an die Vorsitzenden der Vertretungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei folgendes Telegramm geschickt:

Die Regierung der russischen Republik steht es als dringlich an, die weiteren Friedensverhandlungen auf neutralem Gebiete zu führen und schlägt ihre Verlegung nach Stockholm vor. Die russische Delegation erwartet Antwort hierauf in Petersburg. Was den Vorschlag der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation vom 25. Dezember, wenigstens in der Fassung der ersten beiden Punkte anzunehmen, so steht die Regierung der russischen Republik als getreue Fortsetzer der Hauptaufgabe der Sowjets in voller Übereinstimmung mit der von unserer Friedensdelegation ausgedrückten Meinung diesen Vorschlag als dem Grundgedanken der freien Selbstbestimmung der Völker widerprechend an, selbst in der eingeschränkten Form der Antworterklärung des Vierbundes.

Wie verschiedene Blätter berichten, befindet sich angeblich ein offizieller Vertreter der Bolschewiki-Regierung in Dänemark, um wegen Verlegung der Friedenskonferenz nach Kopenhagen Besprechungen anzuknüpfen.

Einem Mitarbeiter der „Post, Sig.“ gegenüber äußerte sich der für die Großpresse über Brüssel-Trotski folgendermaßen:

„Es handelt sich um ein Mißverständnis, wie es sich bei Verhandlungen so schwerwiegender Art häufig einzustellen pflegt. Meine Überfahrt in den Endkampf der Friedensverhandlungen über ungewissen, zumal alle Gegebenheiten für eine friedliche Verständigung vorhanden sind.“

„Die Vertreter der Bolschewiki, die in Brüssel-Trotski verhandelt haben, machen einen durchaus ersten und würdigen Eindruck. Die Lage in Russland ist keine derartige, daß sie eine hinauschiebung auf unbestimmte Zeit duldet. Dieser Zwischenfall wird nicht von

Dauer sein. Ich gebe daher die Hoffnung auf eine definitive Verständigung mit Russland keineswegs auf, im Gegenteil, ich beabsichtige, wenn es irgend angeht, noch heute abend nach Brüssel-Trotski zu reisen und an den Verhandlungen teilzunehmen.“

Die Antwort der russischen Frontkämpfer.

Nach dem „Nieuwe Rotterd. Courant“ meldet der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“: Es ist Tatsache, daß die Bolschewiki jetzt zugeben, daß die Unterhandlungen von Brüssel-Trotski nicht glücklich sind und daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage bilden, auf der ein russisches Friedensschließen könne. Als aber Kamenow im Sowjet mitteilte, daß die Bedingungen unannehmbar seien, hätten die Vertreter der verbündeten Armeen auf und erklärt, daß die Bolschewiki nicht kämpfen werden und es nicht tun könnten.

Eine Erklärung Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei.

Sonabendabend ist von Brüssel-Trotski folgender Punkt in deutschen Klartext abgehandelt worden: An die russischen Delegationen, u. a. ihres Vorsitzenden Genosse Sofka.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brüssel-Trotski gewisse Forderungen für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens ausgesprochen. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Giltigkeit dieser Forderungen ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche mit am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist annehmen und ohne jeden Nachhalt zur gemeinsamen Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehnjährige Frist festgelegt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brüssel-Trotski aufgestellten Grundbedingungen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Antritt an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehnjährige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen ist.

Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen.

Gen. Abt. Müller für Deutschland, Gen. Graf Gernin für Österreich-Ungarn, Gen. Popow für Bulgarien, Gen. Nestorow für die Türkei.

Darum ergibt sich einmal, daß die russischen Delegationen tatsächlich in Brüssel-Trotski wollen, und zum anderen, daß die Mittelmächte gegenüber der Entente nun wieder freie Hand haben. Die „Times“ melden aus Petersburg: Volkskommissar Trotski habe angezeigt, daß die Friedensverhandlungen in Brüssel-Trotski nicht weitergeführt werden. Nachdrücklich verlangt, die Maximilianstädter Bern als Verhandlungsort vorzuschlagen, weil es wegen seiner günstigen geographischen Lage bessere Möglichkeiten biete, die Sozialisten in den kriegführenden Ländern zu beeinflussen.

Die Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung wurden gestern in einer Vollsitzung, an der Bevollmächtigte sämtlicher Vierbündnisse teilnahmen, fortgesetzt.

Die englischen Kriegsziele sind die alten.

Nach einer Reutermeldung, die Lord George am Sonntagabend der Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab diese eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er u. a. folgendes sagte: Wir sind an der kritischsten Stunde diesesurchbaren Kampfes angelangt, und bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen des Friedens treffen kann, muß sie den Kampf beenden oder fortsetzen wollen, muß dem Geistesgehalt werden, daß das Geistes der Nationen hinter diesen Bedingungen steht. Lord George erklärte dann weiter, daß er die Fragen der Kriegsziele mit den Verantwortlichen, mit Lloyd George, sowie einigen Vertretern der großen überirdischen Dominionen beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Beratungen Unklarheit beseitigen, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nationen und des gesamten Reiches zu gelten. Er äußerte dann die Kriegsziele, an denen nichts geändert ist, im einzelnen auf und legte zum Schluss:

Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen: Für einen gerechten, dauernden Frieden, und wir glauben, daß, bevor ein solcher

leben Besorgnissen vor. Dem freien Ausschuss für einen deutschen Arbeiterfrieden glaube ich vielmehr versichern zu können, daß die deutsche Reichsleitung die heldenmütigen Taten von Meer und Marine auch durch einen guten, ehrenvollen Frieden zu krönen wissen wird, einen Frieden, der den deutschen Arbeitern glückliche Lebensbedingungen und freie Entfaltung ihrer Kräfte auf deutschem Boden gewährt und erhält.

Parlamentarisches.

Der Hauptanstoß über den deutsch-russischen Gefangenenaustausch. In der Sommerabteilung des Hauptauschusses fragte Abg. Erzberger (Str.), wie groß die Zahl der Zivilgefangenen in Russland sei, und was es mit dem Kopplagener Abkommen nicht. Diese Gefangenen los zu bekommen müßte der erste Erfolg der deutschen Kommission in Petersburg sein. Der Redner fragte nach den Zahlen der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten und nach der Lage der Gefangenen in den Gefangenenlagern. In der Zeit des Austausches, die nicht kurz ist, müssen Pflichtenmaßnahmen getroffen werden durch Kommissionsmitgliedern, die in den Konzentrationslagern wachen und sich der Gefangenen annehmen. Amerika hat in dieser Hinsicht keine Verpflichtungen. In dem Komitee der Gefangenen, das die deutsche Kommission mit reichen Mitteln, Geld und sonstigen, Abg. Prinz zu Schönau (W.) schickte, hat die deutsche Kommission die Aufgabe, die Gefangenen wahrheitswidrige Mitteilungen über ihre Behandlung nach ihrer Rückkehr in die Heimat zu verbreiten, auf Dank werden wir kaum rechnen dürfen. General Becklerich vom Kriegsministerium führt an, wir haben es für eine nationale Angelegenheit die Frage der Zivilgefangenen zu lösen; deshalb haben wir uns entschlossen, Militärgefangene gegen Zivilgefangene auszuhandeln. Die Verhandlungen waren schwierig, weil die russischen Forderungen sehr weit gingen. Endlich sind 4000 russische Offiziere gegen 1000 deutsche Offiziere und sämtliche verbleibenden Offiziere ausgehandelt worden. Es ist eine lange Zeit, die die Offizierfrage erledigt ist. Es besteht aus Hoffnung, hinsichtlich der Zivilgefangenen mit Frankreich und England ins Reine zu kommen. Von einer allgemeinen Notlage unserer Gefangenen in Russland darf man nicht sprechen, es läßt sich auch mit Geld viel helfen. Die Schicksale der Kriegsgefangenen ist auch ganz richtig. Beim Austausch kommen zunächst die Krankenfirsten voran. Der Abg. Graf v. Helldorf kann nur durch die Front gehen. Familienmitglieder und ältere Leute werden bevorzugt. Eine schematische Reihenfolge ist unmöglich, unser Verfahren wird gute Früchte bringen. Die Verbesungen kommen in die Hände der Gefangenen. Abg. Hesse (Soz.): Aus Frankreich kommen wieder Klagen über unzureichende Behandlung der Kriegsgefangenen. Hier würde einmal eingegriffen. Weiterberatung Montag nachmittag.

Provinz und Umgegend.

Die Kaiserliche Kommission für die Provinz. Die erste Zug geht 5:20 Uhr früh von Helfstedt ab, der nachmittags 2 Uhr von Halle abfahrende Zug trifft 4:35 Uhr in Helfstedt ein.
Dresden, 7. Jan. Heftige Schneefürne sind in den letzten Tagen über große Teile Sachsens hinweggegangen. Eine Anzahl Züge blieb stehen oder erlitt große Verzögerungen. In Dresden wurden der Außen-

betrieb der Straßenbahn teilweise eingestellt werden, da der Schnee bis zu 1 Meter hoch lag. Ein Mann wurde vom Sturm in die Höhe geweht, konnte aber gerettet werden.

Wittenberg, 7. Jan. Zur Milderung der Wohnungsnot wird geplant, nach dem Kriege hier Wohnhäuser mit Hilfe von gemeinnützigen Baugesellschaften preiswert und zweckmäßig herzustellen. Um nun Unterlagen für den Bedarf an Wohnungen zu gewinnen, werden alle diejenigen, die bisher keine Wohnung hier haben, aber eine solche nach dem Kriege wünschen, aufgefordert, dies beim Stadtkaufmann anzumelden. Es ist anzugeben, ob eine Mietwohnung oder eine Wohnung im Eigenheim gewünscht wird. Die Eigenheime sollen als Wohnheim als Landhaus in Frage kommen.

Wittenberg (Bes. Halle), 7. Jan. Infolge der hundertigen Futtererhöhung mußte der Betrieb der Kfz-Verkehrsbahn jetzt einseitig eingestellt werden. Er dürfte auch nach Beendigung des Krieges kaum wieder eröffnet werden, da die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn für Wittenberg und den angrenzenden Industriebezirk geplant wird.

Gienand, 7. Jan. Die städtischen und reichlichen Schneefälle der letzten Tage setzten an der Hochspannungsleitung des Gienander Elektrizitätswerkes mehrere Störungen. So blieben die Stadtteile Fischbach und Mariental wiederholt ohne Strom und Licht und die elektrische Straßenbahn mußte ihren Betrieb gänzlich einstellen.

Wittenberg, 6. Jan. Eine niedliche Geschichte, so schreibt der „Görlitzer Anzeiger“, läuft hier im Städtchen um; ob sie ganz so passiert ist, dafür möchten wir uns nicht verbürgen. Erzählt wird sie folgendermaßen: Der Mann — sagen wir, er hieß Meier — ist auf Urlaub daheim und ein wenig über Land gegangen. Am Nachmittag kommt er heim von den hiesigen Kindern mit Freuden begrüßt. Mutter ist auf Arbeit gegangen, das Essen habe sie warm gestellt. Vater sieht nach, da steht auf der Erde eine wohlwärmende Schüssel mit einem grau und etwas fremdartig aussehenden Brei. „Nun“, denkt der Mann, „was mag Mutter da für ein Kriegserlebnis gehabt haben!“ Innerlich, was sie jetzt alle sind, gehen sie hoffnungsvoll ans Werk. „Kaputt!“ — Das schmeckt aber mal nach was nicht! „Acht Vater, „Aber, halt mal's Salz!“ „Na, nun geht es so einigermassen.“ Die Hungrigen essen die Schüssel leer und stellen sie, zwar ein bisschen unbestrebt, aber doch gefälligst, beiseite. Bald kommt auch die Mutter heim. „Was hat's geschmeckt?“ — „Ist die erste Frage.“ „Nun!“ — die einzige Antwort. Da schreit auch schon die Frau: „Aber da steht ja noch's ganze Essen im Dien — und wo — wo ist denn das eingeweichte Feind, das ich waschen wollte?“ Mann! 18 Mark hat's gekostet! — das würd doch Tee-Papierchen gewesen sein! — um ihr — ihr habt's aufgefressen!“

Vermischtes.

Der zunehmende Verkehr in der Reichshauptstadt. Gegenüber dem Vorjahre weisen die Berliner Verkehrsämter außerordentlich hohe Zunahmen auf. Die Hoch- und Untergrundbahn verzeichnet durchschnittlich 9 Millionen Fahrten im Monat gegen 8 Millionen im Vorjahr. Die Straßenbahn im Monat gegen 8 Millionen im Monat durchschnittlich 80 Millionen Fahrten, die große Berliner Straßenbahn davon allein 60 Millionen. Stadtbahn, Omnibusse und Droschken wurden monatlich von über 200 Millionen Menschen in Anspruch genommen. Dabei sind die Berliner Verkehrsverhältnisse im Laufe des Jahres durch allerlei Vermengungen immer schwieriger geworden.

* Japanische Klaviere in Australien. Japan hat nach „Daily Mail“ den Handel mit Klavieren aufgenommen, es exportiert Klaviere zum Preise von 27 Pfund 10 Schilling, die wie es heißt, mit deutschen Instrumenten, die vor dem Kriege 16 Pfund kosteten, in der Qualität konkurrieren können. 500 japanische Klaviere sind bereits nach Australien ausgeführt worden. Japan richtet sich den Handel im fernem Osten.

* Ein Beitrag zur Fremdwörterforschung. Wir leben in der Zeit der „Allgemein Deutschen Sprachverwirrung“. Die Parfümerie-Fabrik in Berlin beantragt den normierten Namen einer deutsch-sprachigen Parfümfolgendem: — Die Abnehmer meiner Parfüme verlangen fast nur englische oder französische Begriffe, auch jetzt, trotz des Krieges, und gerade hauptsächlich deutsche Frauen. Da diese ausländischen Sachen jetzt aber nicht zu haben sind, ist es wenigstens für diese Damen ein Trost, wenn die Aufschriften in deutscher Sprache sind. Es kommt aber noch besser: Ich liefere sehr viele Waren ins Feld, und Sie werden noch mehr kommen, wenn ich Ihnen verrate, daß selbst von den Herren Offizieren gerade diese ausländischen Sachen verlangt werden. Ich kann daran nichts ändern und muß mich nach den Wünschen meiner Kundenschaft richten.“ — Das sagt gewiss.

* Eine einträgliche Nebenbeschäftigung nennt die Stadt Görlitz ihr Eigentum. Als Besitzerin eines umfangreichen Waldbestandes, der sogenannten Görlitzer Heide, hat sie eine der reichsten Städte Schlesiens nicht bloß, sondern Deutschlands. Der Waldbesitz wurde schon vor langer Jahren erworben und hat seinen Wert erst langsam entwickelt. Noch im Jahre 1874 konnte der Gorborker Herr Dr. Danneberg schreiben: Die Görlitzer Stadtkasse besitzen keinen Überschuss, sondern entschienen Mangel an allem Geld. Es betrug nämlich gegenwärtig der Waldrentenwert über 80 Jahre nur rund 294,000 Mark, während bei einem durchschnittlich hundertjährigen Waldrentenwert 5005,000 Mark vorhanden sein müßten. Mit welchem Erfolg sich die Görlitzer städtische Forstverwaltung dieses Waldbesitzes zur Lehre hat dienen lassen, ergibt sich aus einer Vorlage, die der Magistrat von Görlitz den Stadtvorstand zum Beschlußfassung vorgelegt hat. Nach dem beantragt der Magistrat, den während der fünfjährigen Finanzperiode vom 1. April 1918 bis 30. März 1923 von der Forstverwaltung alljährlich an die Stadtkasse abzurufen den Geldbetrag auf die Summe von 1260,000 Mark festzusetzen. In dem an Ende vergangener Finanzperiode 1913—1917 wurden der Stadtkasse von der Forstverwaltung jährlich 810,000 Mark überwiechen. Deren wirtschaftliche Forstverwaltung aber noch einen Fortschritt heraus, der für die fünf Jahre über 1468,000 Mark betrug. Er wurde zum Teil zur Aufrechterhaltung des bisherigen Steuerzahls verwendet.

Heitere, geschätzte Gefährdung. Ein Gefährdungsberechnung für die Gefährdung der großen Gefährdung: mein Vater kann davon erzählend: — „Ich er bei der Herstellung eines neuen Sprengmittels in die Luft geflogen?“ — „Nein, aber er erfuhr einen neuen Gefährdung — heute führt er im Gefängnis!“ (H. H.)

* Kältebelle in Amerika. Wie der „Times“ als New York meldet, hat die Kältebelle über Amerika sich Montag an Ostpreußen nach aufgenommen. Die Kältebelle hat sich bei New York verbreitet, hat sich transportiert. Aufgeföhren wurden 70,000 Tonnen Eisenerzmaterial, die an der Küste liegen, nicht in die Hauptstadt geschafft werden.

Verantwortlicher Redakteur Franz Kühner in Merseburg. Druck und Verlag von Th. Kühner in Merseburg.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, des **Kriegsveteranen**
Karl Winkler,
Bahnwärter a. D.,
sagen wir allen für die Blumenspenden unseren herzlichsten Dank. Insbesondere dem Verein ehem. Garde, dem er mehr als 33 Jahre angehört hat, sowie dem Verein der Eisenbahner, die unseren lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben. Dank auch dem Herrn Pastor für die trostreichen Worte am Grabe.
Merseburg, den 7. Januar 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf.
Am 30. Dezember verschied nach längerem Leiden unser Lieber Kollege, der **Werkmeister a. D.**
Herr Gustav Degenkolbe
im Alter von 73 Jahren.
Wir betrauern in ihm einen Lieben und pflichtreuen Kollegen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Werkmeister-Verein Merseburg und Umgegend.

Robblich- und Fleischwarenverant
endet am 3. Januar 1918
bei Hofmann, Obere Breite Straße Nr. 4.
vormittags von 10—11 Uhr auf die Ordnungsnummern 170—1800
11—12 180—1900
nachmittags von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1901—2000
3—4 200—2100
4—5 210—2200
tatt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht.
Merseburg, den 7. Januar 1918. L A 1 20/18.
Das städtische Lebensmittelamt.

Städtische Sparkasse.
Die am 1. d. Mts. fälligen Hypothekenzinsen sind bis zum 3. Januar 1918 zu zahlen.
Zahlung erlösen wir nur vormittags von 8—11 Uhr oder durch Einzahlung bei der Post auf unser Post-Konto in Leipzig Nr. 10322.
Merseburg, den 2. Januar 1918.
Der Sparkassen-Vorstand.
Ziele, Strotz.

Gebrauchter, antreibender **Notensänder**
zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe unter „Noten“ an die Exped. d. Bl. erbiten.
Werkmeister m. Holzwerkzeugen
Metall- u. Kautschukwaren
in Dresden und Leipzig
Heinr. Hessler
Merseburg, Kirschb. 7
In alle Geschäfte in allen Orten

Für die uns zu unserer **goldenen Hochzeit** erwiesenen Aufmerksamkeit und Ehrungen sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.
Eduard Hädler und Frau
Meißen, 5. Januar 1918.
1 hochtragende Zugkub
acht zu verkaufen
Ebergau, Bergstr. Nr. 11.
Kinderspitze
mit Watte und Stempel für
4. M. zu verkaufen Poststr. 14

Wagner.
Die Aufnahmen der Angelegenheit bestimmt beschriebenen Tagen der Klagen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Klagen der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.
Dom. Getraut: der Landkammerrath Kurt Wiche mit Frau Ulma geb. Ulma geb. Ulma. — **Verlobt:** die Frau Raumann geb. Gertrud; Wilhelm Ulm; die L. des Handelsmanns Ad. Ulm und der S. des Arbeiters Ed. Ad. — **Stadt. Getraut:** Annelies Besner, T. d. Dom. Kommiss. — **Verlobt:** der Bahnwärter a. D. Winkler. — **Wittenberg. Getraut:** Wilhelm Franz Werner, S. d. Lehrers Paittel; Marie Antonie, T. des Kaufm. Johs. — **Verlobt:** der Weinstrecker a. D. Degenkolbe; der Arbeiter a. D. Schürer.

Als Verlobte grüßen:
Ella Hammer
Paul Pohle
Merseburg Oberlarstedt

Dem Schmiedemeister **Bogenhart** nach seiner lieben Frau senden an ihrer **altherren Hochzeit** die besten Glück- und Segenswünsche
mehrere Feldfrau
der West-ont.



Merseburger Correspondent.

Erkheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post 2,62 Mk. einzeln, Postfrei, durch andere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf. — Fernsprecher Nr. 324. —

Gratisbeilagen:
Illustriertes Unterhaltungsblatt
Landwirtsch. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Retterskiffer — Kurztel

Anzeigenpreis: Für die einpaktige Zeilzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 75 Pf., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen: 11 Uhr vormittags. — Geschäftsstelle: Deulgrube 9. —

Nr. 6

Dienstag den 8. Januar 1918

44. Jahrg.

Im Ypernbogen, bei Cambrai und an der Mosel heftige Artilleriekämpfe.

Die Friedensverhandlungen vor dem Hauptanschuß des Reichstages.

Der Hauptanschuß des Reichstages trat am Sonnabend erst um 1/2 12 Uhr Mitt um 10 Uhr zusammen, da vorher noch Verhandlungen der Parteien mit der Regierung stattfanden. Der Reichstanzler Graf Hertling war nicht erschienen, wohl aber Reichschatzsekretär Graf Koedern, der für die Dauer der Krankheit des Herrn von Haber mit der Stellvertretung des Reichstanzlers betraut ist, ferner Unterstaatssekretär des Finanzamtes Freiherr von dem Busche und der Leiter der Reichstanzler von Radowig.

Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche gab folgende Erklärung ab: Der Herr Reichstanzler hat gestern die Intimation der russischen Delegationen, daß wir uns in Moskau keine weiteren Angelegenheiten betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entgegenstellen wollten. Im Hinblick auf diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichstanzlers das Folgende fest: Der Standpunkt des Herrn Reichstanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unangetastet, die Forderung von den Interessen der Völker ausgeht.

Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegationen den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegationen haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgelegene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen uns und den russischen Delegationen war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die kritisch geliebten Punkte am 6. Januar in Brüssel-Litowitz erfolgen sollte. Unsere Verhandlungen haben unter diesen Umständen mit uns

Gegenüber dem Aufstehen aller möglichen Gerüchte, für die der Boden jetzt naturgemäß recht günstig ist, ist es ratsam, kaltes Blut zu bewahren. Daß zum Beispiel die Alldeutschen vorzeitig gejubelt haben, indem sie bereits ein Scheitern der Friedensverhandlungen mit Rußland, zum mindesten ein Losgehen von der Erklärung des 25. Dezember zu erwarten hoffen, beweist u. a. auch der Umstand, daß der russische Volkstommisär für auswärtige Angelegenheiten Trotski auf dem Wege nach Brüssel-Litowitz ist. Er würde schwerlich selber mit der russischen Delegation zusammen dort hin fahren, wenn er von vornherein wüßte, daß ein weiteres Verhandeln zwecklos sei. Wie die Regierung, so bleibt auch die Reichstagsmehrheit auf ihrem Standpunkt. In diesem Zusammenhang hatten wir es für notwendig, dem Gerüchte entgegenzutreten, dem wir in einigen, allerdings wenigen, Blättern begegnet, daß eine Umgruppierung der Parteien wegen der Brüssel-Litowitzer Vorgänge ins Bereich des Wahrscheinlichen gerückt sei.

Hier verzeichnen wir noch folgendes:
Eine falsche Meldung!
Berlin, 6. Jan. In einer Anzahl Morgenblätter wurden Gerüchte über den Rücktritt Hindenburgs und Ludendorffs verbreitet. Wie uns von amtlicher Stelle in Berlin mitgeteilt wird, entbehren diese Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage. Es ist wieder einmal eine Sensationensucht, die namentlich von rechtsgerichteten Blättern geübt wird und für deren Verbreitung anscheinend nur der Wunsch als Urheber des Gedankens maßgebend war.

Der Weltkrieg

Zu den Friedensverhandlungen in Brüssel-Litowitz.

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation, General Joffe, hat gestern an die Vorsitzenden der Vertretungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei folgendes Telegramm geschickt:

Die Regierung der russischen Republik sieht es als dringlich an, die weiteren Friedensverhandlungen auf neutralem Gebiete zu führen und schlägt ihre Verlegung nach Stockholm vor. Die russische Delegation erwartet Antwort hierauf in Petersburg. Was den Vorschlag der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation vom 25. Dezember, wenigstens in der Fassung der ersten beiden Punkte anlangt, so sieht die Regierung der russischen Republik als geschäftsführender Hauptanschuß der Sowjets in voller Übereinstimmung mit der von anderer Friedensdelegation ausgedrückten Meinung diesen Vorschlag als dem Grundsatze der freien Selbstbestimmung der Völker in der Zukunft entsprechend an, selbst in der eingeschränkten Form der Antwortserklärung des Vierbundes.

Wie verschiedene Blätter berichten, befindet sich augenblicklich ein offizieller Vertreter der Bolschewiki-Regierung in Dänemark, um wegen Verlegung der Friedenskonferenz nach Kopenhagen Besprechungen aufzunehmen.

Einem Mitarbeiter der „Post“ ist gegenüber äußerlich folgende Mitteilung gemacht:

„Es handelt sich um ein Mißverständnis, wie es sich bei Verhandlungen so schwerwiegend oft häufig einzustellen pflegt. Meine Überzahl in den Enderfolg der Friedensverhandlungen bleibt ungemindert, zumal alle Gegebenheiten für eine friedliche Verständigung vorhanden sind.“

„Die Vertreter der Bolschewiki, die in Brüssel-Litowitz verhandelt haben, machen einen durchaus ernsthaften und wirklichen Eindruck. Die Lage in Rußland ist keine derartige, daß sie eine hinausgeschobene auf unbestimmte Zeit duldet. Dieser Zwischenfall wird nicht von

Dauer sein. Ich gebe daher die Hoffnung auf eine definitive Verständigung mit Rußland keineswegs auf, im Gegenteil, ich beabsichtige, wenn es irgend angeht, noch heute abend nach Brüssel-Litowitz zu reisen und an den Verhandlungen teilzunehmen.“

Die Antwort der russischen Frontsoldaten.
Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet der Petersburger Correspondent des „Daily Telegraph“: Es ist Tatsache, daß die Bolschewiki jetzt zugaben, daß die Unterhandlungen von Brüssel-Litowitz im Hinblick auf die deutsche Forderung keine Grundlage bilden, auf der Rußland Frieden schließen könnte. Als aber Kamenow im Sowjet mitteilte, daß die Bedingungen annehmbar seien, standen die Vertreter der verschiedenen Armeen auf und erklärten, daß die Soldaten nicht kämpfen werden und es auch nicht tun können.

Eine Erklärung Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei.

Sonnabend abend ist von Brüssel-Litowitz folgender Rundschreiben in den russischen Delegationen abgefaßt worden:

An die russischen Delegationen, a. S. ihres Vorsitzenden Herrn Joffe, Petersburg.
In ihrer Antwort auf die Vorladung der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brüssel-Litowitz gewisse Zeitfuge für den Frieden angedeutet. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Zeitfuge ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche mit am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist anspruchlos und ohne jeden Nachhall zur gegenseitigen Bedingungen verpflichten müßten. Mit Aufmerksamkeit der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehnjährige Frist festgelegt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Friedensbestimmungen und über den Vorstoß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehnjährige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen ist.

Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen, General Hoffmann für Deutschland, General Gerny für Österreich-Ungarn, General Joffe für Bulgarien, General Noy für die Türkei.

Daraus ergibt sich einmal, daß die russischen Delegationen tatsächlich noch in Petersburg weilen, und zum anderen, daß die Mittelmächte gegenüber der Entente nun wieder freie Hand haben.

Die „Times“ melden aus Petersburg: Volkstommisär Trotski habe angekündigt, daß die Friedensverhandlungen in Brüssel-Litowitz nicht weitergeführt werden. Nachträglich verlautet, die Maximilian hätten den als Verhandlungsort vorgeschlagen, weil es wegen seiner günstigen geographischen Lage bessere Möglichkeiten bietet, die Sozialisten in den kriegführenden Ländern zu beeinflussen.

Die Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung wurden gestern in einer Vollsitzung, an der Bevollmächtigte sämtlicher Verbündeten teilnahmen, fortgesetzt.

Die englischen Kriegsziele sind die alten.

Nach einer Neuermüdung berief Lloyd George am Sonnabend die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab ihnen eine Erklärung über die Kriegsziele in der er u. a. folgendes sagte: Wir sind an der kritischsten Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt, und bevor eine Regierung eine schmerzende Entscheidung über die Bedingungen faßt, unter denen sie den Kampf beendigen oder fortsetzen sollte, müßte dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nationen hinter diesen Bedingungen steht. Lloyd George erklärte dann weiter, daß er die Fragen der Kriegsziele mit den Vertretern der großen überseeischen Dominionen beraten werde, so daß das Ergebnis dieser Beratungen Anspruch darauf habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nationen und des gesamten Reiches zu gelten. Er wolle dann die Kriegsziele, an denen nichts geändert ist, im einzelnen auf und laßt zum Schluß:

Wenn wir gefragt werden, woher wir kämpfen, so können wir sagen: Für einen gerechten, dauernden Frieden, und wir glauben, daß, bevor ein solcher



Erkheint mit Akte abgeworfen. Die Regierung erklärt, sie konnte vorläufig weitere tatsächliche Mitteilungen nicht machen. In der Tat ist ja noch alles in Flug.